



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Katja Keul
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Emily Haber
Staatssekretärin des Auswärtigen Amts

Berlin, den **04.** April 2013

**Schriftliche Fragen für den Monat März 2013
Fragen Nr. 3-337 bis 340**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Frage:

Mit welchen Rüstungsexportanfragen und Voranfragen für das endgültige Bestimmungsländ Israel hat sich der Bundessicherheitsrat seit dem 1. Januar 2012 befasst?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung äußert sich nicht zu den Sitzungen des Bundessicherheitsrates, weder zu deren Zeitpunkt noch zu deren Inhalt. Diese unterliegen der Geheimhaltung.

Ihre Frage:

Inwiefern setzt sich die Bundesregierung auf internationaler Ebene für die Einsetzung einer UN-Blauhelmission in Mali ein, die die AFISMA-Mission ablösen soll, und inwiefern ist die Bundesregierung bereit, sich an einer solchen Mission finanziell, logistisch und personell zu beteiligen?

beantworte ich wie folgt:

Die Entscheidung über die Mandatierung einer von den Vereinten Nationen (VN) geführten Friedensmission („Blauhelmission“) trifft der VN-Sicherheitsrat, dem Deutschland seit Anfang des Jahres nicht mehr angehört. Es zeichnet sich ab, dass

der Rat voraussichtlich noch im April 2013 eine solche Mission beschließen wird. In diesem Fall wäre Deutschland verpflichtet, sich an der Finanzierung in Höhe des Beitragsschlüssels der Vereinten Nationen für Friedensmissionen zu beteiligen (7,141 Prozent). Die Frage einer logistischen und personellen Beteiligung kann die Bundesregierung ggf. erst nach einer Entscheidung des Sicherheitsrats und Kenntnis des Mandats der Mission prüfen.

Ihre Frage:

Inwiefern soll nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der GSVP eine zivile Mission in Mali neben EUTM Mali eingerichtet werden und inwiefern ist die Bundesregierung bereit, sich an einer solchen Mission finanziell, logistisch und personell zu beteiligen?

beantworte ich wie folgt:

Die Aktivitäten terroristischer Gruppierungen in Mali gefährden die Sicherheit in der gesamten Sahelregion und in Europa. Zur langfristigen Eindämmung dieses Risikos sind ein funktionsfähiger Polizei- und Justizsektor in Mali unabdingbar. Mit Blick auf die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung in Mali müssen Rahmenbedingungen zur Durchführung freier und fairer Wahlen geschaffen werden.

In den europäischen Gremien wird derzeit beraten, ob die Europäische Union die malische Regierung beim Aufbau effizienter Strukturen in den Bereichen innere Sicherheit und Justiz unterstützen kann und in welchem Rahmen ein solcher Beitrag geleistet werden könnte. Die Bundesregierung wird zu gegebener Zeit über eine mögliche deutsche Beteiligung entscheiden.

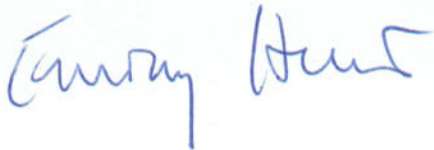
Ihre Frage:

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von den von der montenegrinischen Regierungspartei DPS initiierten Projekten „Assured Vote“ und „Secured Vote“, die Datensammlungen über das Wahlverhalten beinhalten, und welche Konsequenzen plant sie daraus für die Beziehungen zu Montenegro zu ziehen (EU-Beitrittsverhandlungen, bilaterale Beziehungen)?

beantworte ich wie folgt:

Der Bundesregierung sind die von der Opposition und Presse in Montenegro erhobenen Vorwürfe gegen die Regierungspartei DPS im Zusammenhang mit der von ihr geführten Datenbank von DPS-Wählern bzw. Sympathisanten bekannt. Der sich derzeit in Montenegro befindlichen Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODHIR) zur Beobachtung der Präsidentschaftswahlen am 7. April 2013 liegen bisher keine Erkenntnisse dazu vor, dass die Datenbank zu einer unrechtmäßigen Wählerbeeinflussung genutzt wird. Sie hat aber angekündigt, den Vorwürfen nachzugehen. Eine Bewertung der Präsidentschaftswahlen wird die Bundesregierung nach Vorliegen des Berichts der Wahlbeobachtermission vornehmen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Ernst Hent', is written below the closing text.